Digitalisierung

Taskforce eingerichtet

[16.07.2026] Niedersachsen versteht die Digitalisierung als ebenenübergreifende Aufgabe. Mit Rahmenwerk, strategischer Steuerung und operativer Unterstützung, gebündelt mit Standardisierung und konsequenter Kooperation, sind Land und Kommunen auf einem guten Weg.

Öffentliche Verwaltungen stehen vor großen Herausforderungen: Sie müssen eine steigende Arbeitslast bei gleichzeitigem Fachkräftemangel bewältigen. Die Antwort liegt in einer konsequenten digitalen Transformation, die mit einer Optimierung der Geschäftsprozesse beginnt. Die Nutzung der Potenziale zur Prozessautomatisierung, aber auch die in den Kommunen selbst angelegten Synergien gilt es zu bündeln und auszubauen. Das Ergebnis sind effizientere Prozesse, eine Entlastung der Sachbearbeitung und eine Beschleunigung für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen.

Die Komplexität der Aufgabe ergibt sich maßgeblich aus der historisch gewachsenen, heterogenen IT-Landschaft. Für einzelne Verwaltungsleistungen existieren unterschiedliche Fachverfahren und Schnittstellen. Standards werden uneinheitlich umgesetzt. Die Fragmentierung verhindert eine Ende-zu-Ende-Digitalisierung, da Daten nicht medienbruchfrei übertragen werden können. Die Digitalisierung ist dabei mehr als ein technisches Modernisierungsthema. Daher ist entscheidend, organisatorisch die richtigen Weichen zu stellen und die in den Verwaltungen arbeitenden Fachkräfte mitzunehmen. Verwaltungsleistungen und IT-Systeme müssen abgestimmten Architekturprinzipien folgen, stärker standardisiert und interoperabel ausgestaltet werden. Es gilt, Mitarbeitenden den Mehrwert von digitalisierten und automatisierten Prozessen noch näher zu bringen sowie Qualifizierungsmaßnahmen anwendungsnah zu gestalten.

Zentrale politische Priorität

Niedersachsen hat die Verwaltungsdigitalisierung daher zu einer zentralen politischen Priorität erklärt. Dabei wird auf eine enge Zusammenarbeit mit den Kommunen und dem Bund gesetzt (wir berichteten). Ziel ist es, sich schneller auf gemeinsame Standards, Basisdienste und Architekturen zu verständigen. Dass dies gelingen kann, zeigen die jüngsten Beschlüsse des IT-Planungsrats und der Digitalministerkonferenz. Mit der Deutschland-Architektur und dem Deutschland-Stack (D-Stack), einer Art Baukasten für digitale Verwaltungsdienste, existiert nunmehr ein wichtiger Rahmen, um Schnittstellen zu vereinheitlichen und Digitalisierungslösungen über Länder- und kommunale Grenzen zu skalieren.

Auf diese Basis richtet Niedersachsen seine IT-Architektur und -Systeme aus. So prüft das Land bei der Beschaffung neuer Softwarelösungen, ob bereits Angebote über den D-Stack des Bundes verfügbar sind. Diese sollen konsequent nachgenutzt werden. Existieren diese nicht, wird – soweit irgend möglich – auf Lösungen anderer Bundesländer zurückgegriffen. Diese müssen den einheitlichen Standards des D-Stacks folgen. Erst wenn auch hier keine geeigneten Lösungen existieren, erfolgt eine eigene Entwicklung – möglichst gemeinsam mit anderen Ländern und unter Einhaltung der zuvor genannten Standards. Dieses Vorgehen stärkt die Interoperabilität, reduziert Doppelentwicklungen, senkt die Kosten und trägt entscheidend zu einer effizienteren Verwaltungsdigitalisierung bei.

Darüber hinaus muss die Komplexität weiter reduziert werden. Daher werden wichtige Schnittstellen für die Kommunen vom Land zentral finanziert. Zudem soll der Landtag gebeten werden, die Standardisierung auch rechtlich stärker zu verankern. Ziel ist es, für die Kommunen und das Land verbindliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine gemeinsame, stringente Digitalisierung über alle Ebenen hinweg ermöglichen.

Partnerschaftliche Zusammenarbeit

Neben der Gestaltung der strategischen Rahmenbedingungen unterstützt das Land Kommunen und Ministerien auch ganz konkret operativ. Dazu wurde im Februar 2026 die Taskforce Digitalisierung Niedersachsen gegründet (wir berichteten). In dieser arbeiten hochmotivierte Personen aus Institutionen wie GovConnect, IT.Niedersachsen und dem Niedersächsischen Innen- und Digitalministerium partnerschaftlich und eng zusammen. Der Anspruch ist, den Roll-out von zentralen Verwaltungsleistungen, wie zum Beispiel Ummeldung, Wohngeldbeantragung oder Eheschließung, zu beschleunigen. Dies gelingt, indem der Roll-out systematisch und in enger Abstimmung mit den Kommunen vorbereitet wird.

Hindernisse werden frühzeitig identifiziert und abgebaut, Wissen gebündelt und weitergegeben. Dieses gemeinsame Vorgehen von Taskforce und Kommunen macht sich in der positiven Entwicklung der Anbindungszahlen von Fokusleistungen bemerkbar. Im Dashboard Digitale Verwaltung ist Niedersachsen von Platz 11 im Februar 2026 auf die vorderen einstelligen Plätze vorgerückt. Allein im ersten Monat wurden mehr als 100 Verwaltungsleistungen online gebracht. Seit April unterstützt auch der Bund den Roll-out finanziell. Damit soll die Digitalisierung in den niedersächsischen Kommunen weiter beschleunigt werden. Es ist geplant, mindestens fünf Fokusleistungen bis zum Ende des Jahres flächendeckend in Niedersachsen verfügbar zu machen.

Online-Dienste für Verwaltungsleistungen bereitzustellen, ist nur der erste Schritt. Entscheidend ist, dass Prozesse neu gedacht und durchgängig digitalisiert und automatisiert werden. Der Nutzen kommt bei der Fachebene erst an, wenn erforderliche Daten ohne Medienbruch vom Antrag bis zur Entscheidung verarbeitet werden. So setzt der Landkreis Lüchow-Dannenberg Robotic Process Automation und KI ein, um Anträge auf Vollständigkeit zu prüfen, automatisiert Rückfragen zu stellen oder E-Mails vorzubereiten (wir berichteten). Die Landesverwaltung will diesen Weg ebenfalls gehen. Leitlinien für den Einsatz von KI gewährleisten einen ganzheitlichen und sicheren Einsatz von KI-Lösungen. Auch hier ist das Ziel, Sachbearbeitende zu entlasten und gleichzeitig die Effizienz von Verwaltungsprozessen zu erhöhen.

Kräfte werden gebündelt

Ein weiterer Erfolgsfaktor bei der Digitalisierung liegt in einer stärkeren Zusammenarbeit mit den umsetzenden IT-Dienstleistern. Die bisherigen Erfahrungen zeigen: Fortschritt entsteht vor allem dort, wo Land, Kommunen und IT-Dienstleister eng, abgestimmt und vertrauensvoll zusammenarbeiten. Eine Konsolidierung staatlicher Unterstützungssysteme in der Digitalisierung kann aber auch bedeuten, dass sich mehrere IT-Dienstleister zusammenschließen. In Niedersachsen bereiten die kommunalen IT-Dienstleister zusammen mit den Trägern aktuell einen solchen Zusammenschluss unter dem Dach von GovConnect vor (wir berichteten). Zielsetzung des vom Land unterstützten Projekts Komm2IT ist es, Synergien zu heben, Stärken zu verbinden und Ressourcen zu sparen.

Die Digitalisierung in Niedersachsen ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Fachkräftemangel, heterogene IT-Strukturen und steigende Erwartungen machen deutlich, dass die Notwendigkeit der Digitalisierung

unumkehrbar ist. Mit einer Kombination aus Rahmenwerk, strategischer Steuerung und operativer Unterstützung, gebündelt mit Standardisierung und konsequenter Kooperation, sind Kommunen und Land in Niedersachsen auf einem guten gemeinsamen Weg. Er wird zu einer leistungsfähigeren Verwaltung mit durchgängig und neu gedachten digitalisierten Prozessen führen – zum spürbaren Nutzen für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen.

()

Dieser Beitrag ist in der Ausgabe Juli 2026 von Kommune21 im Länderspezial Niedersachsen erschienen. Hier können Sie ein Exemplar bestellen oder die Zeitschrift abonnieren.

Stichwörter: Politik, Komm2IT, Niedersachsen, Taskforce Digitalisierung